

SPD-Fraktion
Im Rat der Stadt Rietberg
Mühlenstraße 16
33397 Rietberg
Tel.: 05244 / 77445
Email: Gerd.Muhle@versanet.de

Stellungnahme der SPD-Fraktion
Zum Haushaltsplan 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Damen und Herren der Presse,
werte Bürgerinnen und Bürger

Vorbemerkungen

Die Haushaltplanentwürfe der vergangenen Jahr zeigten dem verantwortlichen Rat jeweils in einer Nachschau, wie die Stadt in den vergangenen Jahren gewirtschaftet hat und zeigten in einer Vorschau was in den folgenden Jahren angepackt werden kann. Man konnte die jeweiligen Einnahme- und Ausgabepositionen jeweils mit dem Vorjahr vergleichen und die Feststellung machen, wir haben gut gewirtschaftet und im nächsten bzw. den nächsten Jahren ist dies oder jenes möglich

Heute haben wir einen Übergangshaushalt vor uns und die Aufstellung dieses ersten NKF - Haushaltes hat sicherlich viel Mühe gekostet. Wir bedanken uns beim Kämmerer und allen Mitarbeitern für den zusätzlichen Aufwand. Das NKF ist in Zukunft eine gutes Instrument, die zahlreichen und transparenteren Informationen des Haushaltsentwurfes zu nutzen und die richtigen Beschlüsse zu fassen.. Wir Ratsmitglieder müssen uns daran gewöhnen, dass nicht mehr von Einnahmen und Ausgaben sondern von Ertrag und Aufwand geredet wird und wir verweisen nicht mehr auf einzelne Haushaltsstellen sondern auf Produkte. Diese Begriffe mögen ja für einen gelernten Kaufmann klar sein, für viele Ratsmitglieder sind sie gewöhnungsbedürftig.

Das Problem allerdings ist: wir fangen neu an. In der bisherigen Beratungen ist immer wieder versucht worden mit dem Jahr davor zu vergleichen und wir mussten feststellen: das geht nicht.

Die Eröffnungsbilanz ist noch nicht erstellt. Wir wissen nicht wirklich, wie wir finanziell dastehen.

Wir wissen, dass laut Ergebnisplan der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann und wir wissen auch, dass das in den nächsten Jahren so bleibt.

Hinzu kommen weitere Unsicherheiten, die mit der gegenwärtigen Finanzkrise zu tun haben. Das NKF wird aber nach der Eröffnungsbilanz im nächsten Haushalt aufschlussreiche Einblicke in die Erträge und Aufwendungen geben. Der Vergleich mit anderen Gemeinden wird in Zukunft als Entscheidungshilfe wichtig sein.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass entgegen bisheriger Übung die prognostizierten Gewerbesteuererinnahmen sehr optimistisch veranschlagt wurden. Eine weitere Erhöhung für 2009 anzusetzen halte ich fantasievoll.

Leichte Zweifel hatte der Kämmerer in seinem Entwurf schon angedeutet, wenn er in den Erläuterungen sagt:

„Aufgrund der derzeitigen internationalen Finanzkrise kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass diese Zahl nach unten korrigiert werden muss.“ S 30

Wenn man bei Einbringung des Haushalts am 04.11.08 vielleicht noch die Hoffnung haben durfte, so schlimm wird das alles vielleicht gar nicht, so deuten heute alle Anzeichen darauf hin, dass es schlimm wird. In den Medien vom Wochenende konnte man die Meldung vernehmen, dass Deutschland von der Bundesbank in einer tiefen Rezession gesehen wird.

In dem Etatentwurf ist eine Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen mit einem + von 400 000 € vorgesehen, was im Vergleich zu dem Ansatz von 08 eine Steigerung von fast 3 % ausmacht. Das ist sehr mutig, wenn man bedenkt, dass die Bundesbank ein reales BIP-Minus von 0,8 % für 2009 prognostiziert.

Alles ruft nach der öffentlichen Hand,

Finanzbosse (Banken) rufen nach dem Staat

Die Chefs der Autofirmen rufen nach dem Staat.

Präsidenten vieler Firmen rufen nach dem Staat.

Jedes Konjunkturprogramm, ob es Konsumgutscheine, Steuerleichterungen usw. sind, die durch Schulden finanziert werden, sind ein Betrug an folgende Generationen.

Die Haushaltslage ist unsicher und deshalb ist es richtig, behutsam vorzugehen. Alle Fraktionen haben Verantwortung übernommen und sich nicht wegen der undurchsichtigen Haushaltslage dazu hinreißen lassen, populistische Forderungen zu stellen, denn schließlich ist in einem halben Jahr schon dank des wahltaktischen Beschlusses der Koalition in Düsseldorf Kommunalwahl.

Ich werde nicht die einzelnen Produkte jetzt aus SPD-Sicht kritisch betrachten, denn wir hatten in den Beratungen in den Ausschüssen fast keine Meinungsverschiedenheiten. Lassen Sie mich dennoch einzelne Stichworte und Probleme aufgreifen.

Förderrichtlinien „regenerative Energien“

Ein kommunales Konjunkturprogramm um antizyklisch gegen die allgemeine Rezession anzugehen, können wir nicht stemmen, was nicht heißt, dass wir nicht Anreize schaffen sollten für innovative Investitionen. Was wir ja in geringerem Maße machen durch die neuen „Förderrichtlinien der Stadt Rietberg über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Nutzung regenerativer Energienquellen und energiesparender Heiztechnik im Stadtgebiet Rietberg“

Unser Konjunkturprogramm hatten wir in den beiden vergangenen Jahren mit unseren Investitionen zur LGS. Die Nachhaltigkeit der LGS bietet große Chancen für uns. Alle haben wir etwas davon, wenn wir mit diesem Pfund wuchern. Und zusammen mit dem Park sind unsere Pfunde: die historische Altstadt, die sympathischen Ortsteile und die Westfälische Parklandschaft.

Nachfolgegesellschaft der LGS

Die SPD kann mit Genugtuung auf die vergangenen Jahres zurückblicken. Denn wir haben eine Politik betrieben, die dem Schutz der historischen Bausubstanz und den Erhalt der gewachsenen Landschaft große Priorität zugemessen hat. Herr Bürgermeister, Sie haben uns an ihrer Seite, wenn die LGS Rietberg - Park - GmbH weiter innovative Akzente initiiert und wenn weiter in nachhaltige Projekte investiert wird.

Wir dürfen dabei den Maßstab nicht verlieren. Es gibt noch eine andere Kommunalpolitik neben der LGS – Nachfolgegesellschaft. Die Irritationen wegen der Öffnung der „Straße An den Emswiesen“ zeigt, dass hier einiges aus dem Ruder gelaufen ist. Ich kann nachvollziehen, dass der Bürgermeister sich da verrannt hat. Aber der Bürgermeister muss doch auch in seiner Fraktion Leute haben, die Ihm raten und sagen: „So kannst du das nicht machen“. Wo war eigentlich die Mehrheitsfraktion? Hätte die nicht verhindern müssen, dass der

Bürgermeister so vor die Wand rennt. Nachdem ich mich an die Öffentlichkeit gewandt hatte, wurde mir vorgeworfen, der Stadt einen Imageschaden zu gefügt zu haben.

Wenn wir die Öffentlichkeit nicht informiert hätten, wäre der Workshop nicht zustande gekommen und die gefundene Lösung wäre auch nicht zustande gekommen. Das Cafe Seerose wäre im geschlossenen Teil des Parks verblieben und der Sportverein wäre quasi von der Stadt abgeschnitten worden.

Sparkasse

Eine Bemerkung möchte ich zu den Sparkassen sagen:

Wir können froh sein, dass unsere Sparkasse ein zuverlässiger Partner für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und öffentliche Hand ist. Durch großen Druck von Sparkassen, Kommunen und der SPD in allen Gebietskörperschaften konnte der unsägliche Gesetzentwurf der Landesregierung verhindert werden, der letztendlich auch die Privatisierung der Sparkassen ermöglicht hätte. Es konnten allen Bestrebungen eine Absage erteilt werden, die darauf zielten die öffentlich rechtlichen Strukturen der Sparkassen abzuschaffen.

Schulträgeraufgaben

Gemeinsam wurden nicht unberechtigte Forderungen wegen der unsicheren Haushaltslage aus dem Produktbereich „Schulträgeraufgaben“ zurückgewiesen. Die Zusage für das übernächste Jahr, die Senkung des Schulbudgets von 10 % wieder zurückzunehmen ist dennoch richtig, denn Investitionen in Bildung sind sicher gute Investitionen. Mit Hilfe des Landes konnte ein großer Schritt gemacht werden die Ganztagsbetreuung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium zu ermöglichen, wofür in den nächsten beiden Jahren ca. 600 000 veranschlagt werden.

Wir erleben zurzeit große Veränderungen in der Schullandschaft. Aus Gründen, die wir nicht beeinflussen können. Aus drei Hauptschulen wurden zwei und auch diese beiden Hauptschulen sind nicht existenzfähig, sie werden nicht die Schülerschaft aufweisen können, um differenzierten Unterricht anbieten zu können.

Die Abstimmung der Eltern gegen die Hauptschule ist längst entschieden. Bei Einführung der Hauptschule vor 40 Jahren besuchten zwei Drittel der Schüler die Hauptschule, heute sind es gerade einmal 15 Prozent. Die Zukunft der Hauptschule in NRW ist ungewiss. In vielen anderen Bundesländern haben die zurückgehenden

Schülerzahlen und der schlechte Ruf bei den Eltern bereits zum Aus der Hauptschulen geführt. Das muss auch der Schulträger zu Kenntnis nehmen und ich kann die Mehrheitsfraktion nur auffordern ihre ideologischen Scheuklappen gegen die Gesamtschule abzulegen. Schauen sie sich um und sie werden feststellen, in anderen übrigens auch CDU regierten Bundesländern ist das geschehen. Auch Lippstadt wird eine Gesamtschule errichten. Langenberg wird an der Hauptschule einen Realschulzweig einrichten, und was ist das anderes als der Übergang zu einer Gesamtschule?

Glauben Sie allen Ernstes, dass unter diesen Rahmenbedingungen die beiden Hauptschulen in Rietberg eine Zukunft haben. Wieder werden wir der Entwicklung hinterherlaufen.

Hallenbad an den Förderschulen

Die SPD hat immer wieder darauf hingewiesen, dass Rietberg ein Hallenbad mit 25 m – Bahnen braucht. Wir haben uns nicht durch das Taktieren von Verwaltung und Mehrheitsfraktion beirren lassen. Wir sind froh, dass endlich die Entscheidung gefallen ist, obwohl eine Lösung in Verbindung mit dem Freibad für die Stadt mehr Synergieeffekte bedeutet hätte. Die gefundene Lösung bringt die Synergieeffekte für den Investor.

Produkt Soziale Leistungen - Rietbergpass -

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Erhöhung der Einkommensgrenzen zum Erhalt des Rietbergpasses beschlossen. Diesen Beschluss haben wir gerne mitgetragen. Der Rietbergpass beinhaltet freizeitorientierte, kulturelle und bildungsbezogene Leistungen. Große Anstrengungen sollten wir unternehmen zusammen mit dem Kreis, dass noch mehr unter den einzelnen Kommunen gegenseitig angerechnet wird. Wir möchten, dass auch die Nutzung des ÖPNV zu dem Leistungsspektrum gehört und wir wissen sehr wohl, dass diese nur in Kooperation mit dem Kreis und den Nachbargemeinden geht. Die Stadt Rietberg täte gut daran, sich dafür stark zu machen.

ÖPNV

Nach den Erfahrungen während der LGS und der Auswertung der Befragung zur Nutzung des ÖPNV muss das Jahr 2009 das Jahr werden, dass auch den ÖPNV in Rietberg verbessert. Wir dürfen diese Chance, die sich jetzt bietet, nicht verstreichen lassen. Ganz wesentlich wird dabei sein, dass wir den Schülerspezialverkehr mehr in den ÖPNV

integrieren. Schauen sie sich das Beispiel Versmold an, wo der Schülerverkehr nur noch vom ÖPNV durchgeführt wird. Es macht einfach Sinn, dass nicht zwei Busverkehrssysteme (Schülerspezialverkehr und ÖPNV) nebeneinander betrieben werden. Die Finanzmittel, die heute für Schülerspezialverkehre ausgegeben werden, stehen dem ÖPNV-System nicht zur Verfügung. Ohne diese Mittel kann aber ein Grundnetz nicht realisiert werden. Die komplette Übernahme des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV bietet die Chance für den Ausbau eines sinnvollen ÖPNV. Wenn wir uns den Bestrebungen des Kreises und von VVOWL anschließen, können wir auch die Qualitätskriterien der Schülernetze im ÖPNV als Schulträger festlegen. Hier sollte auch die Elterninitiative der weiterführenden Schulen eingebunden werden um bessere Qualitätsstandards zu erreichen Die Stadt Rietberg sollte sich den Kooperationsbemühungen von Kreis und VVOWL nicht widersetzen.

Pulverdamm

Seit 30 Jahren kämpft die Pulverdamminitiative gegen unzumutbare Verkehrsbelastungen. Die Einbahnstraßenregelung hat die Situation nach einmal verschärft. Die SPD hat immer die Politik verfolgt, wenn die Rathausstraße beruhigt wird, muss auch was am Pulverdamm gemacht werden. Die SPD hat zur letzten BPV- Ausschusssitzung den Antrag auf Abbindung eingebracht. Und wir sind sehr froh, dass der Beschluss auf Abbindung gefasst wurde. Die Unterschriftenaktion der Initiative hat sicher dazu beigetragen, dass die Mehrheitsfraktion dann schließlich auch die Abbindung wollte. Warten wir mal ab, wie sich die Abbindung auswirkt.

Jugendamtsumlage

Die Gemeinde Verl hat gewaltig Unruhe in die Solidargemeinschaft des Jugendamtes des Kreises gebracht. Der ursprüngliche Kompromiss um Verl entgegen zu kommen , war wohl rechtlich nicht haltbar. Wenn sich jetzt Verl, Rheda – Wiedenbrück und evtl. weitere Gemeinden aus dem Verbund verabschieden, würde das eine überproportionale Steigerung für die Jugendamtsumlage bedeuten. Hier müssen ganz zügig alle an einen Tisch und der Schul- und Sozialausschuss der Stadt Rietberg muss endlich mal darüber beraten und entscheiden, damit auch die anderen Gemeinden erfahren, was wir in Rietberg eigentlich wollen.

Personalangelegenheiten und Stellenplan

Dass die Folgegesellschaft der LGS als GmbH geführt wird, mag ja aus steuerrechtlichen Gründen in Ordnung sein. Arbeitskräfte kann man

aber nicht wie andere Waren betrachten. Alle Leistungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern müssen gerecht gewürdigt werden. Das hat was mit Menschenwürde zu tun. Wir möchten verhindern, dass es zweierlei Arbeitnehmerrechte gibt. Jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter soll gleich arbeitsrechtlich durch den Personalrat vertreten werden, Ob er nun für die GmbH oder für die Stadtverwaltung tätig ist. Welche Rechtsform dort gewählt wird, soll transparent mit der Politik beraten und entschieden werden. Wenn hier fair und ohne Tricks gearbeitet worden wäre, hatte sich das dem Image der Stadt nicht dienliche Verwaltungsgerichtsurteil erübrigt. Ich kann der Verwaltungsspitze nur raten, lassen sie es bei dem Urteil bewenden und ziehen Sie die nötigen Lehren daraus.

Evtl.: Einschub Kühlmann

Wir sollten die Arbeitsleistungen, die für die GmbH erbracht werden, vernünftig bezahlen, denn für gute Arbeit muss gutes Geld bezahlt werden und 5 € sind kein gutes Geld. Die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen gewürdigt werden. Jegliche Taktiererei um Arbeitskosten zu sparen ist schlecht und einer Kommunalverwaltung unwürdig.

Eine letzte Bemerkung zum Stellenplan.

Von Vorteil ist es manchmal, wenn man schon etwas länger im Amt ist. Ich habe festgestellt, die Schere zwischen den höher dotierten Beamten und Angestellten und den niedrigeren geht weiter auseinander.

Wir müssen gewaltig aufpassen, dass hier nicht eine Gerechtigkeitslücke entsteht.

„Ein Arbeiter ist seines Lohnes wert“ Luk. 10,7 und 1.Tim 5,18

Wir würden es uns sehr leicht machen, wenn wir wegen der undurchsichtigen Lage dem Finanz- und Ergebnisplan nicht zu stimmen würden. Wir wären wie auch die anderen Fraktionen nicht in der Lage Alternativen aufzuzeigen. Wir stimmen folglich der Haushaltssatzung mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 zu

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Gerd Muhle, Fraktionsvorsitzender der SPD – Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

Rietberg, den 09.12. 2008